

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SONDERSITZUNG DES STADTRATES ZUR KAISERSTRASSE 17 AM 01.12.2016

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 01.12.2016
Beginn: 18:25 Uhr
Ende: 20:08 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

ohne Ziffer 4

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

ab 19.21 Uhr, Ziffer 2

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

bis 19.33 Uhr, Ziffer 2

Stadtrat Thomas Steinruck

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

Ortssprecher

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatler

Verwaltungsrätin Monika Erdel

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Herr Geiger, Architekt

Ziffer 2

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Werner May

Stadtrat Manuel Müller

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadträtin Bianca Tröge

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 27.10.16

beschlossen dafür 27 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.10.2016 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

**2. Kaiserstraße 17;
hier: Grundsatzbeschluss über die künftige Nutzung**

Verwaltungsrat Hartner verweist auf den Sachvortrag Nr. 2016/258. Er stellt dar, dass ein erheblicher Bedarf an der Nutzung der Kaiserstraße 17 als Verwaltungsgebäude bestehe und insofern der Erwerb des unmittelbar neben dem Rathaus liegenden Anwesens ein Glücksfall war. Die Projektverantwortung werde bei ihm liegen.

Dipl. – Ing. Geiger geht ausführlich auf den Bestand, die Voruntersuchungen sowie die gegenwärtigen Planungen zur Kaiserstraße 17 ein und stellt dar, wie die einzelnen Stockwerke genutzt werden könnten. Dabei werde der Charakter des

Anwesens grundsätzlich nicht verändert. Denkmalpflegerische Elemente (z. B. Stuckdecken) sollen erhalten bleiben. Er verweist auf einen Aufzug, die Verbindung der Kaiserstraße 15 an die Kaiserstraße 17, sowie die Umgestaltung des Eingangsbereichs der Kaiserstraße 15, in der das Bürgerbüro entstehen könnte. Abschließend verweist er auf die Kosten, die er für die Gesamtmaßnahme bei ca. 2,7 Mio. € sehe.

Bürgermeister Güntner hinterfragt, weshalb über einen sehr langen Zeitraum die Verwaltung nicht tätig wurde, wenn ein derartig hoher Bedarf bestehen soll. Darüber hinaus fehlen ihm die Vorüberlegungen zur Raumnutzung, die auf Amtsleiterebene erstellt wurden. Er gibt die Finanzierung zu bedenken und stellt in Frage, ob ggf. eine Umsetzung durch private Finanzierungsmodelle (Stadt miete sich anschließend ein) sinnvoller gewesen wäre. Es handelt sich dabei nur um eine freiwillige Aufgabe, die aus seiner Sicht lediglich wünschenswert sei.

Die Stadträte diskutieren im Folgenden ausführlich über die Kaiserstraße 17, wobei der Bedarf grundsätzlich nicht angezweifelt werde. Es wird jedoch auf die erheblichen finanziellen Mittel verwiesen sowie auf die weiteren umfassenden Pflichtaufgaben, die gegenwärtig zur Umsetzung anstehen. Es wird in Frage gestellt, wie sämtliche Maßnahmen in den Haushalt einfließen können. Eine Beschlussfassung sollte nur dann erfolgen, wenn auch tatsächlich der Beschluss auch umgesetzt werden könne. Hinsichtlich der zeitlichen Abfolge stellt Oberbürgermeister Müller dar, dass nach dem Grundsatzbeschluss der Auftrag an Herrn Geiger für die weiteren Leistungsphasen vergeben werde, nach Erstellung der Planung in 2017 soll 2018 mit dem Bau begonnen werden. Diese zeitliche Abfolge werde auch im Haushalt dargestellt.

Hinsichtlich der Finanzierung verweist Stadtkämmerin Erdel zunächst auf die grundsätzliche Fördermöglichkeit nach Stadtumbau West. Den Vermögenshaushalt bzw. den Finanzplan habe sie noch nicht abschließend erstellt. Erst hiernach müsse man im Rahmen der Haushaltsberatung entscheiden, welche Priorisierung einzelne Maßnahmen enthalten. Letztlich wäre eine Lücke nur über Kreditaufnahmen zu decken, was im Rahmen der Haushaltsgenehmigung seitens des Landratsamts entsprechend geprüft werde. Hinsichtlich privater Finanzierungsmodelle verweist sie ebenfalls auf hausinterne Überlegungen. Letztlich sei dieses Modell – auch mit Blick auf die Frage der Anbindung an die Kaiserstraße 15 – unpraktikabel.

Im Rahmen der weiteren Diskussion – auch zum richtigen Zeitpunkt der Beschlussfassung mit Blick auf die Haushaltseinstellung – macht Oberbürgermeister Müller deutlich, dass die Verwaltung zunächst den Grundsatzbeschluss benötige, um die Mittel entsprechend einstellen zu können.

Stadtrat Böhm kann dem vorliegenden Beschlussentwurf nicht zustimmen, da seiner Auffassung nach die denkmalpflegerischen Belange zu hoch gewürdigt werden. Einem Abriss mit anschließendem bedarfsgerechtem Aufbau könne er sich vorstellen.

Die Stadträte Steinruck und Pauluhn verweisen auf die Vorbildfunktion der Stadt Kitzingen in Sachen Denkmalschutz.

Für Stadtrat Pauluhn sind die Planungen (u. a. im Erdgeschoss) zu starr. Er bittet, dass man im Rahmen der weiteren Überlegungen auch anderweitige Nutzungsvarianten aufzeigt.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu, es im Beschlussentwurf aufzunehmen.

Aufgrund der Diskussion stellt Stadtrat Dr. Pfeiffle den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen **dafür 19** **dagegen 8**

Mit dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Dr. Pfeiffle besteht Einverständnis.

beschlossen **dafür 21** **dagegen 6**

1. Vom Sachvortrag Nr. 2016/258 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die Immobilie Kaiserstraße 17 für die Bedarfe der Stadtverwaltung zu nutzen.
3. Das Architekturbüro Geiger, Kitzingen, wird auf Basis der vorgelegten Konzeptplanung beauftragt, zunächst mit den Leistungsphasen 2 bis 4 (stufenweise Beauftragung). Nutzungsvarianten für das Erdgeschoss der Kaiserstraße 17 sind zu erstellen. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt die erforderlichen Fachplaner zu beauftragen.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in den Finanzplanungsjahren 2017 - 2019 bereitzustellen.

Bürgermeister Güntner gibt zu Protokoll, dass er dagegen gestimmt hat, nachdem seiner Auffassung nach die Maßnahme durch einen Privaten schneller umgesetzt werden könnte.

3. Anträge der Fraktionen und Gruppen

3.1. Antrag der CSU-Fraktion vom 22.11.16 bzgl. Kaiserstraße 17

Stadtrat Moser stellt dar, dass sich der Antrag der CSU mit der Beschlussfassung zur Kaiserstraße 17 zunächst erledigt habe. Bei Bedarf werde man erneut auf die Verwaltung zugehen.

3.2. Antrag des Runden Tisch Asyl vom 9.10.16 bzgl. Projekt "Grünhelme"

Stadträtin Glos stellt dar, dass sich der Antrag der SPD bezüglich der Kaiserstraße 17 erledigt habe. Gleichwohl bittet sie, dass das Projekt „Grünhelme“ unterstützt wird und hierfür geeignete Räumlichkeiten gefunden werden sollten. Oberbürgermeister Müller sagt zu, zunächst ein Gespräch mit den Verantwortlichen zu suchen, inwiefern hier eine Lösung gefunden werden könne.

4. Kitaplatz-Schaffung Neubau Kita St. Johannes Glauberstraße 30

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachverhalt Nr. 2016/245/1 und stellt dar, dass die Verwaltung mit Blick auf die Wichtigkeit des Kindergartens sowie auf die besonderen baulichen Umstände eine Förderung in Höhe von 900.000,00 € beschließen sollte. Hierdurch würde man ca. 300.000,00 € mehr fördern, als es bei der gegenwärtigen Beschlusslage üblich gewesen wäre. Die Diözese habe ursprünglich einen höheren Betrag gefordert.

beschlossen dafür 21 dagegen 5

1. Der Sachvortrag Nr. 2016/245/1 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen stimmt dem Abriss, dem Neubau und der Erweiterung der Kita St. Johannes um zwei Krippengruppen (mit je 14 Plätzen) unter dem Vorbehalt, dass die Regierung von Unterfranken den Neubau als förderfähig anerkennt, zu.
3. Dem Bauträger wird eine Investitionskostenförderung von 2/3 der tatsächlichen Gesamtkosten für den KiGa-Bereich sowie von 90 % der tatsächlichen Gesamtkosten für den Krippen-Bereich

maximal jedoch 900.000 € zuzüglich der Förderung der Regierung von Unterfranken, insgesamt 2.234.400 €, gewährt.

Vorausgesetzt die Eigenfinanzierung des Bauträgers ist gesichert und die Maßnahme wird in diesem Umfang durch die Regierung von Unterfranken gefördert.

Die Investitionskostenförderung wird in jedem Falle nur gewährt, wenn die Regierung der Maßnahme zustimmt.

5. Sportlerehrung 2016

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Mit den Vorschlägen des Stadtverbandes für Leibesübungen lt. Sitzungsvorlage Nr. 2016/259 für die Sportlerehrung 2016 besteht Einverständnis.

6. Sonstiges

6.1. Anfrage von Stadtrat Christof Sachstand "Hausmann" Etwashausen

Stadtrat Christof bittet um eine Sachstandsinformation zum Fall „Hausmann, Etwashausen“ in einer der nächsten Sitzungen.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dass man hierüber in der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 08.12.2016 berichten werde.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:08 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt